

**Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 02.04.2009**

Tagungsort: Sitzungssaal des Bürgerzentrums "Amt Dornberg"  
Beginn: 17:00 Uhr  
Sitzungspause:  
Ende: 20:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Frau Hempelmann - BfB

CDU

Herr Berenbrinker

ab 17:10 Uhr

Frau Brinkmann

Herr Graeser

Herr Kleinesdar

Frau Krause

Frau Weyer

SPD

Herr Fortmeier

Herr Gieselmann

Frau Selle

Frau Viehmeister

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Hahn

Herr John

bis 18:40 Uhr

Herr Steinkühler

FDP

Frau Wilmsmeier

Verwaltung

Herr Groß

Bauamt

zu TOP 7

Schriftführung

Frau Busch-Viet

Büro des Rates

## Öffentliche Sitzung:

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Frau Bezirksvorsteherin Hempelmann begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung mit Schreiben vom 24.03.2009 form- und fristgerecht erfolgt und die Bezirksvertretung beschlussfähig sei. Sie gratuliert Herrn Graeser, Frau Hahn und Frau Busch-Viet nachträglich zum Geburtstag.

Ein besonderer Gruß geht an Frau Krause, die nach längerer Krankheit erstmals wieder an einer Sitzung teilnehmen kann. Frau Krause bedankt sich im Gegenzug für die Genesungswünsche der Bezirksvertretung, über die sie sich sehr gefreut habe.

Auf Vorschlag von Frau Hempelmann fasst die Bezirksvertretung anschließend zur Tagesordnung folgenden

### Beschluss:

**Die Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 43. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 09.02.2009 wird als Tagesordnungspunkt 2.3 zusätzlich auf die Tagesordnung gesetzt. Der Tagesordnungspunkt 13.2 - Genehmigung des nichtöffentlichen Teils der Niederschrift über die 45. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 11.03.2009 – wird gestrichen, da die Bezirksvertretung am 11.03.2009 ausschließlich öffentlich getagt hat.**

- einstimmig beschlossen –

---

## **Zu Punkt 1**

### Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Dornberg

Herr Manfred Westerheide erkundigt sich nach dem Sachstand des Bebauungsplans Puntheide.

Frau Bezirksvorsteherin Hempelmann bedauert, berichten zu müssen, dass die Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) ihre Geschäftssparte Development aufgegeben und sich infolge dessen aus dem Projekt „Puntheide“ zurückgezogen habe. Die LEG habe in Aussicht gestellt, sich um einen Nachfolger für die Projektentwicklung kümmern zu wollen. Ob und falls ja wann diese Bemühungen Erfolg hätten, sei derzeit nicht abzusehen.

Herr Westerheide bittet darauf hin darum, seine und die Flächen seines Bruders Heinz Westerheide aus dem Geltungsbereich des geplanten Bebauungsplanes herauszunehmen.

Frau Hempelmann äußert, allen Beteiligten seien die Probleme im Zusammenhang mit dem Bauwunsch der Herren Westerheide bekannt. Sie fordert Herrn Manfred Westerheide auf, seine Bitte in eine konkrete Frage zu kleiden. Diese könne dann von der Verwaltung beantwortet werden.

Herr Heinz Westerheide weist darauf hin, dass er bereits vor geraumer

Zeit konkrete Fragen an die Verwaltung gerichtet habe, auf die er bis heute keine Antwort erhalten habe.

Frau Hempelmann empfiehlt Herrn Westerheide darauf hin, ein Gespräch mit dem Bauamt zu führen.

Dieser erwidert, er habe auch schon diverse Gespräche mit dem Bauamt geführt, sei allerdings von dort immer wieder an die Politik verwiesen worden.

Herr Heinz Westerheide schließt sich der Forderung seines Bruders an, die den Herren Westerheide gehörenden Grundflächen aus dem Entwicklungsprojekt herauszunehmen und unabhängig von dessen Fortgang zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen eine Bebauung ihrer Grundstücke in Frage komme.

Herr Groß vom Bauamt äußert, seine Dienststelle sei jederzeit bereit, im Rahmen eines Gespräches mit den Herren Westerheide die Bebauungsmöglichkeiten ihrer Grundflächen zu erörtern.

Herr Heinz Westerheide erkundigt sich weiter, ob sichergestellt sei, dass vor dem Ausbau des Hollensiek ein zusätzlicher Kanal zwischen den Straßen Fuchskamp und Im Krümpel gebaut werde.

Herr Kleinesdar teilt hierzu mit, dass die Maßnahme auf der unlängst vom Betriebsausschuss des Immobilienservicebetriebes beschlossenen Liste der 2009 abzuarbeitenden Kanalbauvorhaben stehe.

-.-.-

**Zu Punkt 2 Genehmigung von Niederschriften**

**Zu Punkt 2.1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 44. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 26.02.2009**

**Beschluss:**

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 26.02.2009 wird in Bezug auf Form und Inhalt genehmigt.**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 2.2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 45. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 11.03.2009**

**Beschluss:**

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 11.03.2009 wird in Bezug auf Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 2.3 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 43. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 09.02.2009**

**Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 09.02.2009 wird in Bezug auf Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 3**

**Mitteilungen**

**1. Mit der Einladung versandte bzw. als Tischvorlage erhaltene Unterlagen**

- Ergebnisse der Sitzung der Arbeitsgruppe Kultur am 11.03.2009
- Ergebnisse der Sitzung der Arbeitsgruppe Stadtteilentwicklung am 11.03.2009
- Gesamtstädtische Prioritätenliste für Buswartehallen
- Einladungsflyer zur Ausstellungseröffnung der Dornberger Schulkinder
- Schreiben der Ev.-Luth. Kirchengemeinde Dornberg

**2. Abwasserdruckrohrleitung Schröttinghauser Straße**

Der Umweltbetrieb lässt mitteilen, dass mit der Verlegung der Abwasserdruckrohrleitung Schröttinghauser Straße in Kürze begonnen werden solle. Die Bauleistungen seien ausgeschrieben worden. Die Angebotseröffnung sei ebenfalls bereits erfolgt.

**3. Instandsetzungsarbeiten an der Brücke Alte Jöllenbecker Str. / Johannisbach**

Aus einer Information des Amtes für Verkehr geht hervor, dass die erforderlichen Instandsetzungsarbeiten an der Brücke Alte Jöllenbecker Straße/Johannisbach im Juli 2009 geplant seien.

Herr Kleinesdar erkundigt sich, ob für die Dauer der Arbeiten mit einer Sperrung der Alten Jöllenbecker Straße gerechnet werden müsse.

Frau Busch-Viet sagt eine Klärung zu.

**4. Wechsel im Vorstand der Breitensportgemeinschaft Großdornberg**

Frau Busch-Viet berichtet, dass Frau Annemarie Strathmann das Amt der ersten Vorsitzenden der Breitensportgemeinschaft Großdornberg von Frau Michalski übernommen habe. Bei Bedarf könne sie die Postadresse von Frau Strathmann zur Verfügung stellen.

**5. Kündigung des Pachtvertrages für den Rasenplatz des VfR Wellensiek**

Im Auftrag des Sportamtes teilt Frau Busch-Viet mit, dass die Universität Bielefeld den Pachtvertrag über ein vom VfR Wellensiek genutztes Rasenspielfeld zum 30.09.2009 gekündigt habe. Die Stadt Bielefeld beabsichtige, den mit dem VfR Wellensiek geschlossenen Unter-

pachtvertrag zum selben Termin zu kündigen. Das Sportamt lege Wert auf den Hinweis, dass sich die Verwaltung weiterhin um Ausweichflächen bemühen werde. Darüber hinaus solle versucht werden, mit der Universität Bielefeld zu vereinbaren, dass der VfR Wellensiek den Platz bis zum Baubeginn weiter nutzen könne.

## **6. Informationsveranstaltung zum Verkehrsangebot im Twellbachtal**

Frau Hempelmann berichtet, dass Frau Selle und sie am 01.04.2009 an einer von der „Mobilen Seniorenarbeit Dornberg“ organisierten Informationsveranstaltung zum Verkehrsangebot im Twellbachtal teilgenommen hätten. Ein Mobilitätsberater der Stadtwerke Bielefeld habe sich den Anregungen und Fragen der anwesenden Anwohnerinnen und Anwohner gestellt. Während der Veranstaltung sei deutlich geworden, dass zahlreiche, insbesondere ältere Menschen aus dem Wohnumfeld mit den derzeit angebotenen Anruflinienfahrten nicht zufrieden seien. Es sei erneut der Wunsch nach einer Versorgung des Twellbachtals durch die Linie 24 geäußert worden. Frau Hempelmann spricht sich dafür aus, das Thema in der Bezirksvertretung erneut aufzugreifen, da sich die demografischen Rahmenbedingungen seit der letzten Befassung deutlich geändert hätten.

Frau Wilmsmeier plädiert dafür, die alten Beratungsunterlagen heranzuziehen und das Thema zunächst in der Arbeitsgruppe Stadtteilentwicklung zu beraten.

-.-.-

### **Zu Punkt 4 Anfragen**

Anfragen liegen nicht vor.

-.-.-

### **Zu Punkt 5 Anträge**

#### **Zu Punkt 5.1 Überprüfung der geplanten Maßnahmen zur naturnahen Entwicklung des Schwarzbaches**

##### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6733/2004-2009

Frau Bezirksvorsteherin Hempelmann verliest den Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion.

Frau Selle verweist auf die vorliegende schriftliche Begründung.

Herr John zeigt sich verwundert, dass im vorliegenden Antrag das Jahr 2011 als Zeitpunkt für den eventuellen Bau eines Regenrückhaltebeckens angegeben werde. Nach seiner Erinnerung sei mit einem Bau frühestens 2030 zu rechnen.

Frau Wilmsmeier bezweifelt ebenfalls, dass der Bau eines Regenrückhaltebeckens bereits 2011 anstehe. Unabhängig von der Zeitplanung spricht sie sich dafür aus, die Notwendigkeit eines Rückhaltebeckens so bald wie möglich überprüfen zu lassen, damit der Pächter der Oberen Deppendorfer Mühle Planungssicherheit erlange.

Frau Hempelmann führt aus, sie habe hinsichtlich der Wasserschutz-

maßnahmen auf Wertheraner Gebiet Kontakt zu der dortigen Bürgermeisterin Frau Weike aufgenommen. Diese habe den Mitgliedern der Bezirksvertretung angeboten, die auf dem Gebiet der Stadt Werther ergriffenen Maßnahmen zum Hochwasser- und Gewässerschutz im Rahmen eines Ortstermins zu erläutern.

Herr Berenbrinker weist darauf hin, dass es sich bei dem Antrag der SPD-Fraktion um einen Prüfauftrag handele und plädiert dafür, diesem zuzustimmen, da die ursprüngliche aufgestellte Planung vermutlich nicht mehr den aktuellen Gegebenheiten entspreche.

Herr Steinkühler äußert, dass nach seiner Auffassung die Vorlage der Verwaltung zur vorhergehenden Sitzung falsch interpretiert worden sei. Die Terminangabe 2011 beziehe sich lediglich auf die Maßnahmen zur naturnahen Umgestaltung des Schwarzbaches. Ob und gegebenenfalls wann ein Hochwasserrückhaltebecken gebaut werden solle, sei in der Vorlage offen geblieben.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung verständigen sich darauf, die Terminangabe 2011 im Beschlusstext durch das Wort später zu ersetzen.

Abschließend fasst die Bezirksvertretung folgenden gegenüber dem Beschlussvorschlag modifizierten

**Beschluss:**

**Die Bezirksvertretung Dornberg bittet die Verwaltung, die in der Informationsvorlage vom 26.02.2009 genannten Maßnahmen zur Gestaltung und Entwicklung des Schwarzbaches, wie sie im Konzept von 2002 vorgesehen sind, noch einmal zu überprüfen. Insbesondere die Maßnahme des geplanten Hochwasserrückhaltebeckens an der Mühle mit einer Verlegung der Straße sollte nach heutigem Stand überarbeitet und gegebenenfalls geringer dimensioniert werden, wobei die Maßnahmen, die bereits auf dem Gebiet der Stadt Werther durchgeführt wurden, zu berücksichtigen sind. Ebenso sind die Überlegungen der Grundstückseigentümer mit einzubeziehen. Auch wenn eine Umsetzung erst später geplant ist, sollte jetzt eine Überarbeitung erfolgen und das Ergebnis den Mitgliedern der Bezirksvertretung in einer der nächsten Sitzungen, möglichst bis Ende 2009, vorgestellt werden.**

- einstimmig beschlossen -

-.--

**Zu Punkt 6**

**Asphaltierung des Schutzstreifens an der Beckendorfstraße  
Bürgereingabe nach § 24 GO**

Herr Georg Buchner verliest eine im Namen des Initiativkreises Deppendorf-Schröttinghausen verfasste Bürgereingabe bezüglich des Schutzstreifens am südlichen Fahrbahnrand der Beckendorfstraße. Dieser sei Mitte 2005 zwischen den Bushaltstellen „Campingplatz“ und „Voß“ zum Schutz von Fußgängern und Schulkindern angelegt und mit Schotter sowie einer Kiesschicht begehbar gemacht worden. Da die Beckendorfstraße im genannten Bereich abschüssig sei, würden Schotter und Kies bei anhaltendem Regen weggespült und es entstünden gefährliche Quer- und Längsrillen. Die nach der Schilderung der Problematik im Sommer 2007 seitens des Amtes für Verkehr in Aussicht gestellte Asphaltierung des Schutzstreifens sei allerdings bisher nicht realisiert worden. Da sich

durch Witterungseinflüsse immer wieder Gefahrenstellen bildeten, solle durch die Bürgereingabe erreicht werden, dass das Bankett möglichst bald asphaltiert werde.

Frau Busch-Viet gibt eine zu der Bürgereingabe abgegebene Stellungnahme des Amtes für Verkehr wieder. Die Ausführungen von Herrn Buchner würden von der Verwaltung grundsätzlich bestätigt. Sowohl für 2008 als auch für 2009 habe das Amt für Verkehr vorgehabt, den Schutzstreifen zu asphaltieren. Im Hinblick auf die zur Verfügung stehenden Finanzmittel und die zu behebenden massiven Winterschäden an Hauptverkehrsstraßen sei allerdings derzeit eine Realisierung der Maßnahme unwahrscheinlich.

Ein Mitarbeiter des Amtes für Verkehr habe den Schutzstreifen nach den Regenfällen der zurückliegenden Tage begutachtet. Schäden in Form von ausgespülten Teilbereichen habe er nicht feststellen können. Der Schutzstreifen sei begehbar und auch mit Fahrrädern befahrbar. Fahrzeugspuren (PKW) könnten mit geringem finanziellem Aufwand beseitigt werden.

Der Umweltbetrieb werde mit der Bankettpflege beauftragt.

Sofern die Bezirksvertretung dennoch eine Asphaltierung des Schutzstreifens befürworte, empfehle das Amt für Verkehr, die Maßnahme auf die entsprechende Prioritätenliste zu setzen.

Die Verwaltung lege Wert auf den Hinweis, dass der Schutzstreifen nicht in den Winterdienst einbezogen werden könne.

Darauf hin fasst die Bezirksvertretung folgenden

**Beschluss:**

**Der Bürgereingabe wird stattgegeben.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

**2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. II/G 3 "Kreuzkrug" für Grundstücksflächen nördlich der Babenhauser Straße, westlich des Einmündungsbereiches zur Straße Vulsiekshof im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB - Stadtbezirk Dornberg - Änderungsbeschluss**

**Beratungsgrundlage:**

Drucksachenummer: 6739/2004-2009

Frau Hempelmann führt aus dass mit der beabsichtigten Änderung des Bebauungsplanes Nr. II/G3 „Kreuzkrug“ die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die gewünschte Verlegung der Endhaltestelle der Linie 24 von der Wertherstraße an einen Standort westlich des Einmündungsbereiches der Straße Vulsiekshof in die Babenhauser Straße geschaffen werden sollten.

Herr Groß vom Bauamt legt dar, dass die betroffene Fläche, bei der es sich nach dem derzeit gültigen Bebauungsplan um Wohnbaufläche handele, in eine öffentliche Verkehrsfläche umgewandelt werden müsse. Da der Standort gut erreichbar sei, solle hier eine Wendeschleife mit Haltestellenbereich und WC-Anlage errichtet werden.

Der vorhandene Grünbestand solle so weit wie möglich erhalten werden. Das Amt für Verkehr beabsichtige, das Vorhaben mit den betroffenen Anliegern zu erörtern.

Auf Nachfrage von Herrn Kleinesdar erläutert Herr Groß, dass die Linie 24 künftig von Kirchdornberg kommend über die Wertherstraße und Babenhauser Straße zur neuen Betriebshaltestelle Vulsiekshof geführt werden solle.

Herr John begrüßt, dass der Busverknüpfungspunkt vor dem Bürgerzentrum Amt Dornberg entschärft werden solle. Seine Fraktion werde sich aber, da sie nach wie vor Vorbehalte gegen die Führung der Linie 24 habe, bei der Abstimmung über die Änderung des Bebauungsplanes enthalten. Herr John appelliert an die übrigen Fraktionen und Gruppen, sich weiterhin für eine veränderte Linienführung der Linie 24 stark zu machen. Diese müsse auf lange Sicht zum Lohmannshof weitergeführt werden.

Frau Hempelmann äußert, im Rahmen einer am 01.04.2009 durchgeführten Informationsveranstaltung zur Verkehrssituation im Bereich Twellbachtal habe der anwesende Vertreter von MoBiel den Eindruck vermittelt, dass er Korrekturen an der Linienführung der Linie 24 aufgeschlossenen gegenüber stehe.

Auf Nachfrage von Frau Selle bestätigt Herr Groß, dass der Vorschlag des Amtes für Verkehr zur Verlegung der Endhaltestelle der Linie 24 mit MoBiel abgestimmt worden sei. Frau Selle wirbt darauf hin für einen einstimmigen Beschluss zugunsten der Bebauungsplanänderung.

Herr Kleinesdar weist darauf hin, dass eine Änderung des Bebauungsplanes nur sinnvoll sei, wenn die Bushaltestelle auch tatsächlich an den vorgesehenen Standort verlegt werde.

Herr John kann sich eine Verlegung der Endhaltestelle an die Einmündung Vulsiekshof als Übergangslösung vorstellen, für den Fall dass eine optimierte Linienführung der Linie 24 kurzfristig nicht zu realisieren sei. Die mit einer Änderung des Planungsrechts verbundenen Kosten seien überschaubar.

Frau Wilmsmeier spricht sich ebenfalls für die vorgeschlagene Änderung des Bebauungsplanes aus, auch wenn sie langfristig eine Anbindung der Linie 24 an die Stadtbahn befürworte.

Herr John unterstreicht, dass die bevorstehende Entwicklung des Hochschulcampus zusätzlich für eine Anbindung der Linie 24 an die Stadtbahnlinie 4 spreche.

Herr Berenbrinker bezeichnet es als grundsätzlich richtigen Ansatz, die gesamte Linienführung der Linie 24 noch einmal zu diskutieren und dabei zu prüfen, ob es Möglichkeiten gebe, die Linie 24 durch das Twellbachtal bzw. zum Lohmannshof zu führen. Unter Umständen gebe es auch andere Alternativen, um das Twellbachtal zu erschließen. Bereits in der Vergangenheit sei die Möglichkeit diskutiert worden, den Bus im Wechsel durch Kirchdornberg und durch das Twellbachtal zu führen. Zunächst aber halte er es für angezeigt, die Änderung des Bebauungsplanes auf den Weg zu bringen.

Frau Hempelmann schlägt als Kompromiss vor, gegebenenfalls nur jede dritte Fahrt durch das Twellbachtal zu führen. Für die Anwohnerinnen und Anwohner seien feste Fahrplänezeiten, auf die man sich verlassen könne, wichtig.

Frau Selle schließt sich den Ausführungen von Herrn Berenbrinker mit dem Hinweis an, man könne das eine tun ohne das andere zu lassen. Sie plädiert dafür, parallel zur Änderung des Bebauungsplanes, Gespräche mit MoBiel zu führen. Die in der Vergangenheit angebotenen Anruflinienfahrten hätten sich im Bereich des Twellbachtals als nicht praktikabel



erwiesen.

Herr John signalisiert, dass seine Fraktion angesichts des Diskussionsverlaufs und unter der Voraussetzung, dass der Verlauf der Linie 24 noch einmal intensiv diskutiert werde, der Vorlage doch zustimmen werde.

Darauf hin fasst die Bezirksvertretung folgenden

**Beschluss:**

1. **Die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. II/ G 3 „Kreuzkrug“ ist für Grundstücksflächen nördlich der Babenhauser Straße westlich des Einmündungsbereiches zur Straße Vulsiekshof im Sinne des § 30 BauGB im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB durchzuführen.**
2. **Für die genaue Abgrenzung des Änderungsbereiches ist die im Nutzungs- und Gestaltungsplan eingetragene „Grenze des Räumlichen Geltungsbereiches der 2. Änderung“ verbindlich.**
3. **Der Änderungsbeschluss ist gemäß § 2 (1) BauGB öffentlich bekannt zu machen. Dabei ist gemäß § 13 a (3) BauGB darauf hinzuweisen, dass die Änderung im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 (4) BauGB erfolgt und wo sich die Öffentlichkeit über die Allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung informieren kann und bis wann Äußerungen hierzu möglich sind.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 8**

**Lärmproblematik Stadtbahn Uni-Linie**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6585/2004-2009

Frau Bezirksvorsteherin Hempelmann fasst die den Stadtbezirk Dornberg betreffenden Informationen zur Lärmproblematik an der Stadtbahnlinie 4 zusammen. An der Wendeanlage im Bereich der Endhaltestelle Lohmannshof seien als Reaktion auf Anliegerbeschwerden Schienenschmieranlagen installiert worden. Die Immissionswerte lägen seither laut gutachterlicher Stellungnahme deutlich unter den zulässigen Grenzwerten.

Auf dem Streckenabschnitt zwischen Wellensiek und Lohmannshof seien auf Grund einer formellen Anliegerbeschwerde unterschiedliche Schallschutzmaßnahmen ergriffen worden. Durch den zuletzt erfolgten Einbau von Trennfugen jeweils quer zur Gleisachse sei es gelungen, Körperschallausbreitungen in Fahrtrichtung zu reduzieren. Die Auswertung der darauf hin erfolgten Schallmessungen durch ein Sachverständigenbüro habe ergeben, dass der Schallpegel tagsüber mit 51 dB(A) um 8 dB(A) unter dem Grenzwert von 59 dB(A) liege. Der Grenzwert nachts von 49 dB(A) werde genau eingehalten.

Aus Sicht der Stadtwerke seien die schalltechnischen Probleme in die-

sem Bereich somit gelöst.

Herr Kleinesdar gibt zu bedenken, dass es, wenn der Pegelgrenzwert nachts lediglich genau eingehalten werde, dennoch relativ laut sei. Aus seiner Sicht müsse es Ziel sein, den Lärmpegel weiter zu drücken.

Frau Selle weist darauf hin, dass im Bereich der Endhaltstelle Lohmannshof vor dem Studentenwohnheim keine Dämmung im Gleisbett vorhanden sei. Sie könne sich vorstellen, dass das von der Stadtbahn in diesem Bereich erzeugte singende Geräusch durch eine Dämmschicht reduziert werden könne.

Herr John bezieht sich auf die Ausführungen von Herrn Kleinesdar. Er äußert die Sorge, dass angesichts der knappen Einhaltung des Grenzwertes nicht garantiert sei, dass dieser nicht langfristig doch überschritten werde.

Herr Berenbrinker ergänzt, dass eine Querung der Stadtbahn Voraussetzung für den Übergang vom Universitätsgelände zum geplanten Hochschulcampus sei. Sofern auf ein Brückenbauwerk verzichtet werde, müsse die Stadtbahn im Bereich des Übergangs mit gedrosselter Geschwindigkeit fahren, was die Geräuschemission vermutlich positiv beeinflussen werde.

Die Bezirksvertretung nimmt die Informationsvorlage der Verwaltung zur Kenntnis, fasst allerdings auf Vorschlag von Herrn Kleinesdar und Herrn John zusätzlich folgenden

**Beschluss:**

**Die Bezirksvertretung fordert die Verwaltung auf, regelmäßig zu prüfen und nachzuweisen, dass der Lärmpegelgrenzwert nachts für den Streckenbereich Wellensiek-Lohmannshof auch langfristig eingehalten wird. Darüber hinaus soll versucht werden, den durch den Stadtbahnbetrieb auf dieser Strecke anfallenden Lärm weiter zu reduzieren.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 9**

**Baumaßnahmen im öffentlichen Verkehrsraum 2009 - 2010**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6611/2004-2009

Frau Hempelmann hebt den Bau des Radweges an der Schröttinghauser Straße und die Errichtung eines Innerortskreisels an der Einmündung des Zehlendorfer Dammes in die Wertherstraße als die beiden wesentlichen Baumaßnahmen im Stadtbezirk Dornberg hervor.

Herr Steinkühler erkundigt sich, warum für die Schröttinghauser Straße auch eine Fahrbahnsanierung angekündigt werde, wenn doch bereits feststehe, dass die hierfür erforderlichen Mittel nicht zur Verfügung stünden.

Herr Berenbrinker erinnert daran, dass Herr Oldemeyer vom Landesbetrieb.Straßen.NRW die erneute Verzögerung der Straßensanierung in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung bereits erläutert habe.

Herr Kleinesdar weist darauf hin, dass als Maßnahme 101 die „Erneuerung eines Durchlasses für den Schwarzbach“ aufgelistet sei. Nach seiner Auffassung sei die Ortsangabe Arroder Weg für dieses Vorhaben nicht korrekt.

Hinsichtlich der Maßnahme 107 „Erneuerung eines Durchlasses für den Schwarzbach an der Schloßstraße“ sei er der Auffassung, dass die Arbeiten längst abgeschlossen seien.

Frau Busch-Viet sagt eine Klärung zu.

Ohne weitere Diskussion nimmt die Bezirksvertretung darauf hin die Informationsvorlage der Verwaltung zur Kenntnis.

-.-.-

## Zu Punkt 10

### Kulturarbeit im Stadtbezirk Dornberg 2009

Frau Hempelmann verweist auf das Protokoll der Sitzung der Arbeitsgruppe Kultur am 11.03.2009.

Sie hebt hervor, dass sofern die Bezirksvertretung den Vorschlägen der Arbeitsgruppe folge, bereits das Programm für das gesamte Jahr verabschiedet werden könne. Für das geplante Puppentheater im Dezember sei mittlerweile ein Termin vereinbart worden. Es bestehe die Möglichkeit, die Puppenbühne, die im letzten Jahr mit großem Erfolg in Dornberg gespielt habe, für den 11.12.2009 um 17:00 Uhr erneut zu engagieren.

Für die geplanten Ausstellungen hätten sich ebenfalls bereits Interessentinnen bzw. Interessenten gemeldet.

Nach einer kurzen Darstellung der anstehenden Aktivitäten bittet Frau Hempelmann um einen Beschluss zur Verwendung der Kulturmittel.

Die Bezirksvertretung fasst darauf hin ohne Diskussion folgenden

#### Beschluss:

**Aus den Mitteln für Kulturarbeit im Stadtbezirk Dornberg sind folgende Zahlungen zu leisten:**

<b>Förderverein für Musik in der Peterskirche Kirchdornberg e.V.</b>	<b>100,00 Euro</b>
<b>Förderverein Kirchenmusik in Heilig Geist Bielefeld e.V.</b>	<b>100,00 Euro</b>
<b>Malaktion der Dornberger Grundschulen und der Leineweberschule</b>	<b>600,00 Euro</b>
<b>Lesungen für Kinder</b>	<b>600,00 Euro</b>
<b>Puppentheater</b>	<b>600,00 Euro</b>
<b>Montage Stadtwappen</b>	<b>300,00 Euro</b>
<b>Werbung für Ausstellungen, Lesungen und Puppentheater</b>	<b>300,00 Euro</b>

- einstimmig beschlossen –

Frau Busch-Viet bittet um Standortvorschläge für die Dornberger Stadtteilwappen.

Auf Nachfrage von Herrn Kleinesdar, was gegen eine Anbringung der

Wappen im Sitzungssaal spreche, weist Frau Busch-Viet darauf hin, dass eine ausreichend große Projektionsfläche für den Beamer verbleiben müsse und außerdem die Anordnung der Möbel im Sitzungssaal noch optimiert werden solle. Vor diesem Hintergrund erscheine ihr eine Anbringung der Wappen im Sitzungssaal problematisch.

Die Bezirksvertretung folgt darauf mehrheitlich dem Vorschlag von Frau Hahn, die Wappen neben dem Eingang zum Sitzungssaal anzubringen.

-.-.-

## Zu Punkt 11

### **Bericht aus der Arbeitsgruppe Stadtteilentwicklung (soweit öffentlich)**

Frau Hempelmann fasst die schriftlich vorliegenden Ergebnisse der Sitzung der Arbeitsgruppe Stadtteilentwicklung am 11.03.2009 zusammen. Sie berichtet, dass das Amt für Verkehr seine Planungen für den Bau des noch fehlenden Teilstücks des Fuß- und Radweges an der Großdornberger Straße bis zum Wittlersweg vorgestellt habe. Eine entsprechende Verwaltungsvorlage werde zu gegebener Zeit folgen.

Die Arbeitsgruppe habe sich darüber hinaus mit der von der Verwaltung vorgeschlagenen Prioritätenliste für Kanalbau, Straßenbau, Geh- und Radwege, Straßenbeleuchtung und Querungshilfen befasst. Die hierzu getroffenen Vereinbarungen würden in einen Beschlussvorschlag eingearbeitet, der in der Sitzung der Bezirksvertretung am 28.05.2009 beraten werden solle.

Die in Kirchdornberg in Höhe des Heimathauses geplante Querungsmöglichkeit werde weiterverfolgt. Im Zusammenhang mit der seit längerem geforderten Querungsmöglichkeit an der Dornberger Straße in Höhe Schäferdreesch habe die Verwaltung empfohlen, aus Kostengründen auf eine Querungshilfe zu verzichten. Stattdessen rege das Amt für Verkehr an, die Anlage eines Zebrastreifens prüfen zu lassen.

Herr Kleinesdar, gefolgt von weiteren Mitgliedern der Bezirksvertretung reagiert verwundert auf diesen Vorschlag, da die Verwaltung einen Zebrastreifen in der Vergangenheit immer abgelehnt habe.

Frau Busch-Viet erläutert, dass zu unterscheiden sei zwischen der Sicht der Abteilung Verkehrswegebau, die die Maßnahme unter Kosten- und Praktikabilitäts Gesichtspunkten bewerte und der Sicht der Straßenverkehrsbehörde, die bei einer Entscheidung Sicherheitsaspekte wie z. B. Sichtverhältnisse berücksichtigen müsse.

In Bezug auf die mit Priorität 3 versehene Kanalbaumaßnahme am Sammler Hoberge-Uerentrup möchte Herr Kleinesdar wissen, an welcher Stelle des Sammlers die als Begründung für die Maßnahme angeführte Undichtigkeit festgestellt worden sei.

Frau Hempelmann verweist abschließend auf die nachgereichte Liste der gesamtstädtisch priorisierten Buswartehallen.

Frau Busch-Viet führt aus, dass nach Auskunft des Amtes für Verkehr vorgesehen sei, stadtweit 60 neue Wartehäuschen zu errichten. Die zur Verfügung gestellte Liste enthalte ohne weitere Priorisierung die von den Stadtbezirken in der Vergangenheit geforderten Wartehallen. Es sei zu überprüfen, ob die Liste noch der aktuellen Bedarfslage entspreche.

Herr Steinkühler gibt zu bedenken, dass für die in Planung befindliche Haltestelle Vulsiekshof bisher kein Wartehäuschen vorgesehen sei. Seine Einschätzung, an der Haltestelle Hainteichstraße stadtauswärts werde möglicherweise kein Wartehäuschen benötigt, da dort selten Fahrgäste zu sehen seien, wird von der Mehrheit der Bezirksvertretung nicht geteilt.

-.-.-

**Zu Punkt 12**

**Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Es erfolgt kein Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen aus vorangegangenen Sitzungen.

-.-.-